

**Rechenschaftsbericht des Referates für Recht des 65. Allgemeinen Studierendenausschusses
der Universität des Saarlandes**

Nachfolgende Ausführungen betreffen den Zeitraum vom 16. Januar 2019 bis zum 11. April 2019. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Sehr geehrte Stupistinnen,

Sehr geehrte Stupisten,

zunächst ein kurzer Hinweis samt Entschuldigung. Die ursprüngliche Version dieses Rechenschaftsberichtes wurde fristgemäß in der ownCloud bereitgestellt. Leider scheint mir jedoch ein Fehler beim Export der .pdf unterlaufen zu sein, sodass die Datei fehlerhaft (leer) war. Dies berichtige ich nun und bitte dies zu entschuldigen.

Das Referat für Recht hat seine Arbeit im gegenständlichen Zeitpunkt fortgesetzt. Wie gewohnt wurden insgesamt an 8 Wochenstunden offene Sprechzeiten angeboten. Diese wurden von den Studierenden durchschnittlich wahrgenommen.

Der überwiegende Teil der Rechtssersuchen bewegte sich im Bereich des Mietrechts. Hier waren 13 Anfragen zu verzeichnen. Die sonstigen 34 Anfragen bewegten sich im Bereich des Aufenthaltsgesetzes, des Steuerrechts, des Ordnungswidrigkeitenrechts sowie des Sozial- Prüfungs- und Arbeitsrechtes. Insgesamt konnten vor allem die mietrechtliche Streitigkeiten „bearbeitet“ werden, während im Ordnungswidrigkeiten- und Steuerrecht vornehmlich grobe Hilfestellungen geleistet wurden. Auffällig ist, dass vor allem im Prüfungsrecht die Zahl der Anfragen gestiegen ist. In diesem Bereich sind 15 der 34 Anfragen eingegangen.

Bezüglich des Law Clinic UdS e.V. wird eine Stellungnahme persönlich in der nächsten Sitzung des StuPa erfolgen. Im Anhang befindet sich die aktuelle Satzung des Vereins zur Kenntnisnahme.

Für Rückfragen stehen wir gerne jederzeit zur Verfügung.

Mit besten Grüßen

Matthias Michael Thielen
Moritz Phillip

SATZUNG

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

§ 1

Name, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Der Verein trägt den Namen „Law Clinic UdS“. Nach erfolgter Eintragung trägt der Verein den Namen mit dem Zusatz „eingetragener Verein“ (e.V.).
- (2) Der Sitz des Vereins ist Saarbrücken.
- (3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Zwecke des Vereins, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Zwecke des Vereins sind
 - a) die Förderung von Wissenschaft und Forschung,
 - b) die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe,
 - c) die Förderung von Verbraucherberatung und Verbraucherschutz.
- (2) Der Verein verwirklicht diese Zwecke einerseits selbst (direkte Förderung), andererseits durch Beschaffung von sachlichen und finanziellen Mitteln für andere Körperschaften, Institutionen oder Einrichtungen, die diese Mittel ausschließlich zu steuerbegünstigten Zwecken verwenden (indirekte Förderung).
- (3) Die Vereinszwecke werden insbesondere erreicht durch
 - a) Schaffung und Bereitstellung der sächlichen und organisatorischen Voraussetzungen von administrativen, rechtsberatenden und sonstigen kostenfreien Leistungen zugunsten von Studierenden der Universität des Saarlandes und der entsprechenden Ausbildung bzw. Qualifizierung von Rechtsstudierenden, wobei die Ausbildung unter Wahrung der Maßgaben des § 6 des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) erfolgt,
 - b) fortlaufende Unterrichtung der Mitglieder in den genannten Gebieten,
 - c) Durchführung von Schulungen, Fachvorträgen, Lehrfahrten oder ähnlichen Fachveranstaltungen,
 - d) Kontaktpflege mit Körperschaften, Institutionen oder Einrichtungen gleicher oder ähnlicher Zielsetzungen.
- (4) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der AO. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.
- (2) Zur Erlangung der Mitgliedschaft ist ein schriftlicher Aufnahmeantrag an den Vorstand zu senden. Minderjährige müssen ihrem Antrag eine Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten beifügen. Der Vorstand entscheidet im freien Ermessen über den Aufnahmeantrag und ist im Ablehnungsfalle zur Mitteilung der Gründe nicht verpflichtet.
- (3) Personen, die in außergewöhnlichem Maße die Zwecke des Vereins gefördert haben, können durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu Ehrenmitgliedern ernannt werden.

§ 4

Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen und Anlagen zu benutzen sowie an den Veranstaltungen und Aktionen des Vereins teilzunehmen.
- (2) Jedes Mitglied ist zur Einhaltung der Vereinssatzung und der weiteren Ordnungen des Vereins im Rahmen seiner Tätigkeit im Verein verpflichtet.
- (3) Die Mitglieder sind zur Entrichtung von Beiträgen verpflichtet, deren Höhe und Fälligkeit sich nach einer gesonderten Beitragsordnung richtet, die von der Mitgliederversammlung zu beschließen ist. Ehrenmitglieder sind von der Verpflichtung zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen befreit. Der Vorstand kann im Einzelfall Mitgliedsbeiträge ganz oder teilweise erlassen.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod des Mitglieds.
- (2) Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Jahresende mit einer Frist von drei Monaten erfolgen. Der Austritt ist durch schriftliche Erklärung dem Vorstand anzuzeigen.
- (3) Der Ausschluss erfolgt durch Beschluss des Vorstandes. Er kann verhängt werden, wenn ein Mitglied sich eines groben Verstoßes gegen die Zwecke und Ziele des Vereins schuldig macht oder dem Ansehen des Vereins in besonderer Weise geschadet hat. Ein Ausschluss kann auch dann erfolgen, wenn ein Mitglied trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung von mindestens zwei aufeinanderfolgenden Beiträgen ganz oder teilweise in Verzug gerät. Dem betreffenden Mitglied ist zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Gegen den Ausschluss kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch beim Vorstand eingelegt werden. Über den Widerspruch entscheidet die nächste Mitgliederversammlung.
- (4) Mitglieder, die aus dem Verein ausscheiden, haben keinen Anspruch auf Anteile aus dem Vereinsvermögen. Weitere Ansprüche gegen den Verein müssen binnen sechs Monaten nach Beendigung der Mitgliedschaft schriftlich geltend gemacht und begründet werden.

§ 6

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand, die Mitgliederversammlung und der Beirat.

§ 7

Der Vorstand

- (1) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus dem Vorsitzenden, dem stellvertretenden Vorsitzenden, dem Schatzmeister und dem Schriftführer. Jeder von ihnen ist alleinvertretungsberechtigt. Im Innenverhältnis soll der stellvertretende Vorsitzende von seinem Vertretungsrecht nur im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden Gebrauch machen. Der Schriftführer und der Schatzmeister sollen von ihrem Vertretungsrecht nur dann Gebrauch machen, wenn sowohl der Vorsitzende als auch der stellvertretende Vorsitzende verhindert sind.
- (2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Der Vorstand bleibt nach Ablauf seiner Amtszeit so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Der Vorstand kann bei Ausscheiden eines seiner Mitglieder vor Ablauf der Amtszeit kommissarisch einen Vertreter bestimmen.
- (3) Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Vorbereitung und Einberufung der Mitgliederversammlung,
 - b) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - c) Erstellung des Haushaltes des Vereins, der Buchführung und des Jahresabschlusses,
 - d) Beschlussfassung über die Aufnahme neuer Mitglieder und den Ausschluss von Mitgliedern nach § 3 Abs. 2 Satz 3 sowie § 5 Abs. 3 Satz 1,
 - e) Verwaltung und satzungsgemäße Verwendung des Vereinsvermögens.
- (4) Der Vorstand lädt bei Bedarf zu den Sitzungen des Vorstandes schriftlich oder per E-Mail mindestens 14 Tage vorher unter Beifügung der Tagesordnung ein. Der Vorstand ist einzuberufen, wenn ein Vorstandsmitglied dies schriftlich oder per E-Mail beantragt.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder ordnungsgemäß eingeladen waren und mindestens drei Mitglieder anwesend sind. Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Beschlüsse des Vorstandes werden in einem Sitzungsprotokoll niedergelegt.

§ 8

Die Mitgliederversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das höchste Vereinsorgan. Sie ist als ordentliche oder außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen. Ihr obliegt insbesondere:
 - a) Die Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstandes,
 - b) die Entlastung des Vorstandes,
 - c) die Genehmigung des Haushaltes,
 - d) die Entgegennahme und Genehmigung des Berichtes des Kassenprüfers,
 - e) die Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
 - f) die Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes,
 - g) die Wahl des Kassenprüfers,
 - h) die Wahl des Beirates,
 - i) die Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
 - j) die Beschlussfassung über die Ernennung von Ehrenmitgliedern,
 - k) die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins.
- (2) Eine Mitgliederversammlung findet mindestens einmal jährlich statt. Sie wird vom Vorstand schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von einem Monat einberufen. Ist eine E-Mail-Adresse des Mitgliedes mitgeteilt, kann die Einladung dieses Mitgliedes auch an die zuletzt benannte E-Mail-Adresse erfolgen, sofern schriftlich nichts Abweichendes vereinbart wurde. Anträge zur Ergänzung oder Änderung der Tagesordnung müssen

spätestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich oder per E-Mail beim Vorstand eingegangen sein. Über die Zulassung der Anträge entscheidet die Mitgliederversammlung.

- (3) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins erfordert. Erforderlich ist eine Einberufung insbesondere, wenn dies zehn Prozent der Mitglieder verlangen. Das Verlangen ist schriftlich oder per E-Mail unter Angabe der Gründe an den Vorstand zu richten. Bei der Einberufung gilt Abs. 2 entsprechend, allerdings unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen für die Einberufung und einer Frist von spätestens einer Woche für den Eingang von Anträgen zur Tagesordnung.
- (4) Der Vorsitzende leitet die Mitgliederversammlung, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Ist auch dieser verhindert, so bestimmt die Mitgliederversammlung einen Versammlungsleiter mit einfacher Stimmenmehrheit.
- (5) Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie satzungsgemäß einberufen wurde. Dies wird durch den Versammlungsleiter festgestellt. Die Anzahl der erschienenen Mitglieder ist für die Beschlussfähigkeit unbeachtlich.
- (6) Die Beschlüsse in der Mitgliederversammlung werden – soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist – mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt. Für den Beschluss über eine Änderung der Satzung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Versammlungsteilnehmer erforderlich. Wird bei einer Abstimmung, die unter dem Erfordernis einfacher Stimmenmehrheit steht, Stimmengleichheit erzielt, findet eine zweite Abstimmung statt. Hat diese das gleiche Abstimmungsergebnis, ist der Antrag abgelehnt und der Beschluss nicht zustande gekommen.
- (7) Die Abstimmung erfolgt grundsätzlich durch Handzeichen. Auf Antrag kann geheim abgestimmt werden.
- (8) Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll ist von dem Sitzungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Jedes Mitglied ist berechtigt, das Protokoll einzusehen.

§ 9

Der Beirat

- (1) Der Beirat legt die Richtlinien der Ausbildung der Studierenden, die unter Wahrung der Maßgaben des § 6 RDG zu erfolgen hat, fest. Im Übrigen steht der Beirat dem Vorstand für die Dauer der Amtszeit des Vorstandes mit beratender Funktion zur Seite.
- (2) Der Beirat besteht aus mindestens vier und höchstens zehn Personen. Dem Beirat soll je mindestens ein Mitglied aus der Rechtsberatungs- und der Rechtsprechungspraxis, ein Vertreter der Rechtswissenschaft sowie ein vom Allgemeinen Studierendenausschuss entsandtes Mitglied angehören.

§ 10

Kassenprüfung

- (1) Die Mitgliederversammlung wählt für die Amtsdauer von zwei Jahren einen Kassenprüfer, der nicht Mitglied des Vorstandes sein darf.
- (2) Der Kassenprüfer prüft die Kasse des Vereins sowie die Bücher und Belege einmal jährlich sachlich und rechnerisch und erstattet dem Vorstand Bericht. Der Kassenprüfer erstattet der Mitgliederversammlung Bericht und beantragt bei ordnungsgemäßer Prüfung die Entlastung des Schatzmeisters und des Vorstandes.

§ 11

Satzungsänderungen

- (1) Änderungen der Satzung können nur von einer Mitgliederversammlung unter Berücksichtigung des § 8 Abs. 6 Satz 3 beschlossen werden.
- (2) Der genaue Wortlaut der Satzungsänderung ist in das Protokoll aufzunehmen.

§ 12

Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck einberufene Mitgliederversammlung beschließen. Zu dem Beschluss ist eine Mehrheit von drei Vierteln der Versammlungsteilnehmer erforderlich. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren.
- (2) Das bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke vorhandene Vermögen fällt an den Verein „Universitätsgesellschaft des Saarlandes e.V.“, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke nach § 2 Abs. 1 zu verwenden hat.

§ 13

Schlussbestimmung

Sollte eine Bestimmung dieser Satzung rechtsunwirksam sein oder werden, so werden die übrigen Bestimmungen dieser Satzung davon nicht berührt.